

**Vorweg die Ukraine Berichte, Teile** 52, 51,50,49,48.47,46,  
45,44,43,42,41,40,39,38,37.  
36,35,34,33,32,31.30.29.28,27,26,25,24,23,22,21,20,19,18,17,16,15,14,13,12,11, 10,  
9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2,1.

nach dem Prinzip der Matrjoschka – Puppe in Puppe - (unter diesem Link):

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Berichte-Teil-52.pdf>

(Tipp: Falls nötig, bei TAZ-Berichten auf den Butten „gerade nicht“ klicken.)

### **Zur Info weitergeleitet.**

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

[www.antjeundieter.de](http://www.antjeundieter.de)

[https://t1p.de/impressum\\_a\\_und\\_d](https://t1p.de/impressum_a_und_d)

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Gedicht-Neu>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

<https://t1p.de/brokdorfweisserose>

<https://t1p.de/kernfusion-neindanke>

## **Hier weitere (auch indirekte) Berichte zur Ukraine als Teil 53:**

**.) NATO, schleich di!** : <https://www.jungewelt.de/artikel/445132.m%C3%BCnchner-sicherheitskonferenz-nato-schleich-di.html>

Die 59. Ausgabe der Münchner »Sicherheitskonferenz« (MSC) hätte so schön sein können: Die westliche Panzer-, Raketen- und Generalslobby, kurz militärisch-industrieller Komplex (MIK) genannt, begießt drei Tage lang den eigenen permanenten Amoklauf, MSC-Chef Christoph Heusgen (2021: »Viele Staaten können es sich eben nicht erlauben, sich mit China oder auch Russland anzulegen. Wir können das.«) verkündet den »Endsieg«, Joseph Biden lässt durch seine Vizepräsidentin Kamala Harris nachfragen, um was es geht, bevor er das nächste unbekannte Flugobjekt abschießen lässt, der peinlichste »Adabei« der Republik, Joachim Gauck, belästigt wegen Abwesenheit keinen mehr, und schließlich erweicht Führungskanzler Olaf Scholz »Lula«, und der Brasilianer liefert Wolodimir Selenskij die gewünschten »Gepard«-Geschosse.

Statt dessen: Streik am Flughafen und Unbill. *Dpa* meldet zwar, dass »Kapazitäten und Fähigkeiten westlicher Rüstungsunternehmen absehbar bis Sonntag auch Thema« auf der MSC sein werden – das »auch« als kleiner Scherz –, aber die »Leopard«-Schmiede KMW meckert: zuwenig Aufträge. Heusgen schwilt bei der Eröffnung die Brust im Rausch: Er hat nicht nur den Russen schon am Boden,

sondern sieht sich in einem »Kampf, um die weltweite Ordnung zu schützen«. Aber Scholz fällt ihm in den Rücken und gibt preis: »Nicht unsere Waffenlieferungen sind es, die den Krieg verlängern.« Entsetzen. Was wird mit der »weltweiten Ordnung«, wenn der Krieg verkürzt wird oder gar aufhört? Will der SoSe wirklich nichts bestellen? Den MIK-Leuten bleibt nur, sich zu betrinken. Das MSC-Budget reicht gerade. Heusgens Vorgänger Wolfgang Ischinger hat's im *Handelsblatt* ausgeplaudert: Bayern, Bund und Bosch-Stiftung stiften zusammen mit anderen ein »Jahresbudget von mehr als zehn Millionen Euro«.

Und dann das noch: Lula schickt seinen Außenminister Mauro Vieira. Der bleibt beim Nein zur Munitionslieferung und versteigt sich zu: »Anstatt am Krieg teilzunehmen, sprechen wir lieber über Frieden.« Eindeutig der Vertreter eines Schurkenstaates. Und am Sonnabend kommt Chinas oberster Außenpolitiker Wang Yi – schlimmer als Russland und Iran zusammen. Die MSC-Welt sah schon mal harmonischer aus.

**.) Fotoreihe: 19.02.23 Drei Jahre nach Hanau Kein Vergeben, kein Vergessen - Gemeinsam gegen Rassismus und Faschismus! Demo HH-Wilhelmsburg :**  
<https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20230219/album/index.html>

**.) 33.000 Ukrainer sind bislang in Hamburg untergekommen :**

[https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/33000-Ukrainer-sind-bislang-in Hamburg-untergekommen,fluechtlinge7230.html](https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/33000-Ukrainer-sind-bislang-in-Hamburg-untergekommen,fluechtlinge7230.html)

In dieser

Woche jährt sich der Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Seitdem sind mehr als eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet. In Hamburg leben laut Innenbehörde aktuell rund 33.000

Schutzsuchende aus dem Land.

Die Hälfte der aus der Ukraine Geflüchteten in Hamburg lebt in

Flüchtlingsunterkünften, die andere Hälfte ist privat untergekommen. Das hilft der Stadt. Denn die vorhandenen Unterkünfte sind so gut wie ausgelastet.

10.000 weitere Plätze in Unterkünften geplant

Neue Unterkünfte sind allerdings in Planung. Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer (SPD) sagt: "Wir stellen uns darauf ein, dass wir in diesem Jahr mindestens 10.000 weitere Plätze bauen müssen - und auch werden."

Jobsuche: Viele Ukrainer werden vermittelt Ukrainische Geflüchtete haben Anspruch auf Sozialleistungen und können sich beim Jobcenter melden. Das sei hilfreich, meint Schlotzhauer. Im Januar hätten 3.000 Menschen aus der Ukraine in Arbeit vermittelt werden können. Viele der gekommenen Ukrainerinnen und Ukrainer verfügten über hohe Kompetenz und hätten einen großen Willen, in Deutschland anzukommen.

**.) Putins Rede an die Nation: „Westen hat den Krieg losgetreten“, „Vor dem Jahrestag des Überfalls macht Putin den Westen für den Ukraine-Krieg verantwortlich. Aus dem New-Start-Vertrag mit den USA will er raus:**

<https://taz.de/Putins-Rede-an-die-Nation/!5917684/>

**.) Gegen von Storch im Rathaus! Der AfD entschlossen entgetreten!**

**Kundgebung Rathausmarkt :**

<https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20230220/album/index.html>

Unter dem Motto “Omas gegen Rechts machen Lärm” fand am Montag, dem 20. Februar, eine Kundgebung am Rathausplatz in Hamburg statt. Die Organisator\*innen riefen dazu auf, die Veranstaltung “Fraktion im Dialog” der AfD zu stören, bei der Beatrix von Storch zu Gast war.

Im Aufruf der Hamburger AfD hieß es, die Ampel würde Deutschland und Hamburg ruinieren. Bereits 2016 war die Abgeordnete der rechtspopulistischen Partei in Hamburg zu Gast, wo sie mit einer Torte beworfen wurde. Damals sprach sie davon, dass die Polizei an den Grenzen auf Frauen und Kinder schießen solle.

Kurz nachdem die Kundgebung der Omas gegen Rechts vor dem Rathaus startete, wurden die Teilnehmer\*innen des Platzes verwiesen, da sie die Eingangstore zum Rathaus blockierten. Wenig später löste sich aus einer Seitengasse eine Spontandemonstration, die sich wieder direkt vor dem Haupteingang positionierte. Lautstark blockierten sie den Eingang, woraufhin die meisten Besucher\*innen der AfD-Veranstaltung beim Anblick wieder umkehrten. Einige wenige durften passieren, andere wurden zum Nebeneingang geführt. Durchsagen der Polizei wurden lautstark übertönt.

**.) Terminsache: DIW: Endlagersuche und Zukunft der Atomenergie - Wie gelingt die Atomwende in Deutschland? :**

[https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.866566.de/veranstaltungen/endlagersuche\\_und\\_zukunft\\_der\\_atomenergie\\_-\\_wie\\_gelingt\\_die\\_atomwende\\_in\\_deutschland.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.866566.de/veranstaltungen/endlagersuche_und_zukunft_der_atomenergie_-_wie_gelingt_die_atomwende_in_deutschland.html)

**.) Schon mehr als 300 „meldepflichtige Ereignisse“ in den Lingener Atomanlagen / Proteste auch gegen die süddeutschen Atomkraftwerke :**

[https://www.oekonews.at/?mdoc\\_id=1179347](https://www.oekonews.at/?mdoc_id=1179347)

Nachdem im Atomkraftwerk Lingen 2 erneut ein meldepflichtiger Mangel aufgetreten ist, hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die Forderung nach der sofortigen Stilllegung des letzten niedersächsischen Atomkraftwerks bekräftigt. Zudem hat der BBU, der auch im Emsland Mitgliedsorganisationen hat, die sofortige Stilllegung der umstrittenen Brennelementefabrik in Lingen gefordert. In beiden Anlagen gab es bereits mehr als 300 meldepflichtige Ereignisse und mehr als 350 Initiativen, Verbände und Parteien fordern die sofortige Stilllegung der Lingener Atomanlagen. Und auch gegen die süddeutschen AKW regt sich weiterhin der Protest.

**.) Im russischen Gravitationsfeld, Der Ukraine-Krieg hat eine lange konfliktreiche und widersprüchliche Vorgeschichte:**

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1171224.ukraine-krieg-im-russischen-gravitationsfeld.html>

Der Krieg in der Ukraine hat eine Vorgeschichte – diesen Hinweis hört man oft. Gemeint ist meist der militärische Konflikt im Donbass. Doch die Vorgeschichte reicht weiter zurück und ist widersprüchlich.

Eigentlich haben alle einigermaßen wichtigen politischen Ereignisse und Entwicklungen in der Ukraine seit 1990 mit dem großen Nachbarn Russland zu tun. Beide Länder haben Berührungspunkte in Geschichte, Kultur, Sprache und Religion. Fast 70 Jahre waren sie Teil der Sowjetunion. Als sie sich Anfang der

90er Jahre auflöste, erklärte sich die Ukraine für unabhängig, wurde aber umgehend Mitglied in der neuen Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der zunächst außerdem nur Russland und Belarus angehörten, bald auch weitere ehemalige Sowjetrepubliken.

Seitdem spielt sich die gesamte ukrainische Innenpolitik vor dem Hintergrund der Frage ab, ob das Land sich weiter an Russland als Führungsmacht binden oder stärker in Richtung Westen orientieren soll. Eine gewisse Unabhängigkeit sollte das 1994 verabschiedete Budapester Memorandum bieten, in dem sich die Ukraine (ebenso wie Belarus und Kasachstan) verpflichtete, all ihre Atomwaffen aus Sowjetzeiten an Russland als juristischen Nachfolgestaat der Sowjetunion abzugeben. Im Gegenzug erhielt sie Sicherheitsgarantien der Unterzeichnerstaaten – der USA, Russlands und Großbritanniens.

Die ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine versuchte eine vorsichtige Absetzbewegung des Landes in Richtung Westen und lavierten zwischen den Machtblöcken. Staatschef Wiktor Juschtschenko (2005 – 2010) forcierte die Westanbindung. Er bemühte sich um einen Beitritt zur Nato ebenso wie um eine Annäherung an die EU. Sein Nachfolger Wiktor Janukowytsch wiederum wandte sich gegen einen Nato-Beitritt; hinter den Kulissen wurde aber an einem Assoziierungsabkommen mit der EU gearbeitet.

Doch auf Druck aus Moskau, unter anderem in Form von Wirtschaftssanktionen, setzte Kiew die Unterzeichnung des Abkommens aus. Von da an gerieten die Dinge außer Kontrolle. In der Ukraine kam es Ende 2013, Anfang 2014 zu wochenlangen Protesten, an denen militante rechtsextreme Gruppierungen aktiv beteiligt waren und bei denen mehr als 100 Menschen starben. Janukowytsch floh nach Russland; dessen Präsident Wladimir Putin bezeichnete die ukrainischen Unruhen als vom Westen vorbereitet und finanziert.

Die sogenannten Euromaidan-Proteste in Kiew waren kaum abgeflaut, da besetzten Ende Februar 2014 russische Truppen die ukrainische Halbinsel Krim. Zunächst bestritt Putin die Beteiligung russischer Soldaten, später räumte er sie ein. Die Besatzungsstruppen brachten das öffentliche Leben unter ihre Kontrolle; viele Ukrainer verließen die Halbinsel, auf der sich russische Militärstützpunkte befinden. Im Besatzungszustand stimmte bei einem Referendum eine große Mehrheit für den Anschluss der Krim an Russland.

Gleichzeitig kam es in der vor allem russischsprachigen Ostukraine zu Protesten

gegen die Entwicklung in Kiew; befeuert auch von jahrelanger Vernachlässigung der Region durch die Regierung. Im Frühjahr 2014 wurde aus diesen Protesten, massiv unterstützt aus Russland, eine bewaffnete Separatistenbewegung, die im April die Volksrepubliken Donezk und Lugansk ausrief. Zwar konnte die ukrainische Armee zunächst die Separatisten zurückdrängen, doch dann griffen russische Truppen ein. Die Frontlinie im Osten des Landes blieb bis Februar 2022 ein Krisenherd.

Noch im Jahr 2014 wurde durch Vermittlung von Deutschland und Frankreich das Minsker Abkommen geschlossen, das einen Friedensplan für die umkämpfte Region vorsah. Darin ging es um einen Waffenstillstand, um den Abzug schwerer Waffen, um eine neue ukrainische Verfassung mit Autonomierechten für die Regionen im Osten und um Wahlen dort nach ukrainischem Verfassungsrecht. Der Grundgedanke war, dass die Ostukraine Teil des Landes bleibt und die Grenzen nicht verändert werden.

Doch kaum etwas davon wurde umgesetzt. Die Wahlen fanden nicht statt, jedenfalls nicht im vereinbarten Sinn, von beiden Seiten wurde immer wieder geschossen, Tausende Menschen starben. Als Wolodymyr Selenskyj 2019 zum ukrainischen Präsidenten gewählt wurde, waren seine wichtigsten Themen die Rückkehr zum Frieden und der Kampf gegen die Korruption. Einmal traf er sogar in Paris mit Putin zu Verhandlungen zusammen. Aber kurz nach Selenskyjs Wahlsieg begann Russland, die Menschen in der Ostukraine als Russen einzubürgern. Einige Zeit später folgten erste große russische Truppenaufmärsche an der Grenze.

Schon im August 2015 sagte der damalige Präsident Petro Poroschenko, dass die Vereinbarungen von Minsk der Ukraine die Zeit gegeben habe, ihre Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Kürzlich erzählte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass sich das Militärbündnis nicht nur weit nach Osten ausdehnte, sondern seit 2014 massiv aufgerüstet und sich stärker »um den östlichen Teil des Bündnisses« gekümmert habe. Keineswegs zufällig war eines der ersten Ziele russischer Raketenangriffe nach dem 24. Februar 2022 eine Militärbasis im Westen der Ukraine, wo angeblich Dutzende westliche Militärausbilder getötet wurden. Ebenfalls seit 2014 machte Russland nicht nur militärischen Druck in Teilen der Ukraine, sondern baute seinen Einfluss im benachbarten Belarus aus. Die Auseinandersetzung um die Ukraine dreht sich bis heute um die Frage, ob

und wie das Land seinen Weg selbst bestimmen kann. Russland betrachtet es als sein natürliches Einflussgebiet. Davon zeugt neben vielen anderen Äußerungen Putins Aufsatz »Zur historischen Einheit der Russen und Ukrainer«, der Teil der russischen Militärausbildung wurde. Der Westen will die Ukraine enger an sich binden und benutzt sie als eine Art Speerspitze in der Auseinandersetzung mit Russland. Dass das Pendel innerhalb der Ukraine nun sehr stark in diese Richtung ausschlägt, hat Putin mit seinem brutalen Krieg forciert. Eine eigenständige, nicht hauptsächlich von äußeren Einflüssen und Interessen abhängige Entwicklung der Ukraine scheint auf absehbare Zeit nicht vorstellbar.

**.)Schiffshörner, ukrainische Hymne, Bahnen halten an: Heute steht Hamburg still:**

<https://www.mopo.de/hamburg/schiffshoerner-ukrainische-hymne-bahnen-halten-an-heute-steht-hamburg-still/>

Zum Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine soll es am Freitag in Hamburg eine Gedenkminute geben. Unter dem Motto #Hamburgstehtstill ruft der Verein MenschHHamburg alle Bürgerinnen und Bürger auf, um Punkt 12 Uhr für eine Minute innezuhalten und der Opfer des Krieges zu gedenken, wie die Veranstalter mitteilten.

**.) Rüstungsbetriebe in Norddeutschland:**

<https://taz.de/Ruestungsbetriebe-in-Norddeutschland/!5917734/>

Volle Auftragsbücher durch Panzer,,Waffenlieferungen an die Ukraine sorgen für Auslastung in norddeutschen Rüstungsfabriken. Für alle erhofften Aufträge reicht der Sonderetat nicht.

**.) Ein Jahr Krieg gegen die Ukraine:**

<https://taz.de/Ein-Jahr-Krieg-gegen-die-Ukraine/!5914745/>

Verbrannte Erde, vernarbte Seelen,,Vor einem Jahr begann Russlands Krieg. 1989 und 2001 zeigen: Die Schockwellen dieses 24. Februar 2022 können ihre Wirkung an ganz anderen Orten entfalten.

**.) Nachrichten im Ukraine-Krieg :**

<https://taz.de/-Nachrichten-im-Ukraine-Krieg-/!5918065/>

141 Länder fordern Kriegsende „Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am Donnerstag eine Friedensresolution verabschiedet. Dagegen votierten 7 Länder, 32 enthielten sich.

### **.) Ukrainekrieg im russischen Alltag:**

<https://taz.de/Ukrainekrieg-im-russischen-Alltag/!5916215/>

„Nicht nur Putins Haus“, „Millionen Menschen in Russland sind gegen das Putin-Regime. Doch Widerstand zu leisten ist gefährlich – manche lassen sich trotzdem nicht abhalten.

### **.) Ukrainische Geflüchtete kehren zurück:**

<https://taz.de/Ukrainische-Gefluechtete-kehren-zurueck/!5916225/>

Aus dem sicheren Europa in den Krieg, „Weil sie ihrem Land vor Ort zu helfen wollen, kehren viele geflüchtete Ukrainer\*innen zurück. Darunter auch Frau und Sohn des Autors.

### **.) Stoppt das Töten in der Ukraine! Demo Hamburger Bündnis gegen Militarismus und Krieg:**

<https://asb.nadir.org/fotoarchiv/neu/20230224/album/index.html>

### **.) "Hamburg steht still": Gedenkminute und Demos für die Ukraine**

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Hamburg-steht-still-Gedenkminute-und-Demos-fuer-die-Ukraine,ukraine3322.html>

Am Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine haben viele Menschen in Hamburg der Opfer des Krieges gedacht. Unter dem Motto "Hamburg steht still" gab es am Freitag eine Gedenkminute und mehrere Kundgebungen. Es war ein

Zeichen der Solidarität, das von Hamburg aus in die Welt gehen soll und ein Zeichen der Solidarität für alle Geflüchteten aus der Ukraine, die in der Stadt Schutz gefunden haben: Um 12 Uhr wurde an vielen Orten in der Hansestadt eine Minute innegehalten. Der Verein MenschHamburg hatte nicht nur alle Hamburgerinnen und Hamburger aufgerufen, sich an der Gedenkminute zu beteiligen, sondern auch Firmen, Institutionen, Vereine und Behörden. Busse



und Bahnen stehen still, Pause am Flughafen.

Busse und Bahnen im Nahverkehr standen für eine Minute still. Auch am Hamburger Flughafen ruhte der Betrieb am Check-In eine Minute lang. Eine Durchsage rief zum Innehalten auf: "In Gedanken sind wir an der Seite der Ukraine, wir sind bei den Kriegsoptionen und ihren Angehörigen, den Geflüchteten und allen, die von diesem Krieg betroffen sind." Im Hafen ertönten Schiffshörner. Vor dem Polizeipräsidium versammelten sich Mitarbeitende zu der Gedenkminute. Auch der NDR Hamburg machte mit: NDR 90,3 verschob um 12 Uhr die Nachrichten und spielte den Friedenssong "Imagine" von John Lennon.

### **.) Frieden? Unerwünscht**

[www.jungewelt.de/?url=https%3A%2F%2Fwww.jungewelt.de%2Fartikel%2F445614.krieg-in-der-ukraine-frieden-unerw%25C3%25BCnscht.html](https://www.jungewelt.de/?url=https%3A%2F%2Fwww.jungewelt.de%2Fartikel%2F445614.krieg-in-der-ukraine-frieden-unerw%25C3%25BCnscht.html)

Am Freitag wurde in zahlreichen Staaten an den Beginn der russischen Militäroperation am 24. Februar 2022 in der Ukraine erinnert – auf gegensätzliche Weise. Der Westen bekräftigte, den Krieg verlängern zu wollen. China legte einen »Standpunkt zur politischen Beilegung der ukrainischen Krise« vor, der die »Achtung der Souveränität aller Länder« an die Spitze stellt und zu Verhandlungen sowie einem Waffenstillstand aufruft. Bereits am Donnerstagabend deutscher Zeit hatte die UN-Vollversammlung in New York eine Resolution verabschiedet, in der die »Aggression« Russlands »bedauert« wird. Das elf Punkte umfassende Dokument verlangt von Moskau, seine Streitkräfte aus der Ukraine zurückzuziehen, und ruft ähnlich wie das Papier Beijings »die Mitgliedstaaten und die internationalen Organisationen auf, ihre Unterstützung für die diplomatischen Bemühungen um einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine im Einklang mit der UN-Charta zu verdoppeln«. Für die Erklärung stimmten 141 der 193 Mitgliedstaaten, sieben dagegen (Belarus, die Demokratische Volksrepublik Korea, Eritrea, Mali, Nicaragua, Russland und Syrien); 32 enthielten sich – darunter China, Kuba, Indien, Pakistan, Armenien, zentralasiatische Republiken sowie mehrere afrikanische Länder. 13 Länder nahmen nicht an der Abstimmung teil. Insbesondere Washington, London, Warschau und Kiew lehnten die von den Vereinten Nationen und China geforderten diplomatischen Bemühungen ab.

Andere westliche Partner wie die Bundesregierung reagierten zurückhaltend. Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij begrüßte zwar die Resolution als »starkes Signal der unerschütterlichen weltweiten Unterstützung« für sein Land, hatte aber bereits am Donnerstag in einem BBC-Interview jeden Dialog mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin abgelehnt. Er behauptete: Sollte es »einige Kompromisse im Donbass oder auf der Krim oder im Süden unserer Gebiete« geben, werde das »eine Bombe mitten in unserem Land und mitten in Europa sein, die darauf wartet zu explodieren«.

**.) Chinas Position zur politischen Beilegung der Ukraine-Krise :**

[https://www.fmprc.gov.cn/mfa\\_eng/zxxx\\_662805/202302/t20230224\\_11030713.html](https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/202302/t20230224_11030713.html)